



Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses (SozA/XVII/007/2019)

Sitzungstermin: Mittwoch, den 24.04.2019

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:55 Uhr

Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Frau Engeline Kramer

Ausschussmitglieder

Herr Jörg Betz

Frau Gudrun Bonow

Herr Paul Foest

Vertretung für Frau Claudia Wostratzky

Herr Olav Fricke

Frau Annegret Hahn

Vertretung für Frau Beate Stammwitz

Herr Ulf-Fabian Heinrichsdorff

Vertretung für Herrn Jürgen Janssen

Herr Johann Lohmeyer

Frau Ursel Nimmrich

Vertretung für Herrn Michael Weber

Frau Anja Rinke

Frau Ursula Stevens-Kimpel

beratende Mitglieder

Frau Gertraud Kramer

Herr Gerald Nicolai

Herr Heinz-Georg Sabath

Herr Fritz Zitterich

stellv. ber. Mitglieder

Herr Andreas Benken

Herr Dr. Rolf Otte

Verwaltung

Frau Tomke Hamer

Herr Erster Stadtrat Detlef Holz

Frau Beatrix Kuhl

Frau Heike Leimke

Herr Andreas Mergelmeyer

Frau Tina Weber

Abwesend:

Vorsitzende/r

Frau Beate Stammwitz

Ausschussmitglieder

Herr Jürgen Janssen

Herr Michael Weber

Frau Claudia Wostratzky

beratende Mitglieder

Herr Thomas Buddenberg

Frau Claudia Pleines

Verwaltung

Frau Grit Fokken

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 28.03.2019 (SozA/XVII/006/2019)
- 4 Vorstellung der Ergebnisse der Seniorenbefragung durch die NSI CONSULT Beratungs- und Servicegesellschaft mbH
- 5 Konzept zur Einrichtung eines Seniorenservicebüros
Vorlage: 1.502/XVII/1001/2019
- 6 Wohnsituation von Sozialhilfeempfängern
- 7 Informationen
- 8 Anfragen
- 9 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit

Frau Engeline Kramer eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Besonders begrüßt sie **Herrn Prof. Dr. Eisner** und **Frau Romaschin** von der Firma NSI Consult, die unter TOP 5 die Ergebnisse der Seniorenfrage vorstellen werden.

Sodann stellt **Frau Engeline Kramer** die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Tagesordnung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Einwohnerfragestunde zu den zu behandelnden Tagesordnungspunkten

Fragen werden nicht gestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 28.03.2019 (SozA/XVII/006/2019)

Frau Engeline Kramer weist darauf hin, dass sie das Protokoll der Sitzung nicht unterschrieben habe. Dies sei bereits das zweite Mal, dass das Protokoll nicht von den Vorsitzenden unterschrieben worden sei. Sie habe um Änderungen im Protokoll gebeten, die jedoch nicht erfolgt seien. **Frau Kuhl** habe einen Protokollhinweis zu TOP 9 „Weihnachtsspendenaktion“ aufgenommen, obwohl sie bei der Sitzung selber nicht anwesend war.

Hierzu verliest **Frau Engeline Kramer** eine Erklärung, die dem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt ist.

Des Weiteren möchte **Frau Engeline Kramer** zu TOP 9 des Protokolls ihren Hinweis vermerkt wissen, dass der Städtetag nicht juristisch prüft, sondern nur Hinweise und Empfehlungen gebe. Außerdem sei zu ergänzen, dass sie nach der Rüge von Herrn Keitel diesem jeweils den Vorsitz übergeben hat, sobald sie als Ausschussmitglied das Wort ergriffen hat.

Frau Engeline Kramer teilt mit, dass die Vorsitzende, Frau Stammwitz, sich entschuldigen lässt.

Um Rügen wie in der letzten Sitzung zu vermeiden, übernimmt **Herr Heinrichsdorff** auf Bitte von **Frau Engeline Kramer** den stellvertretenden Vorsitz der Sitzung.

Frau Engeline Kramer bittet um Abstimmung über die Genehmigung des geänderten Protokolls.

Beschluss (3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen):

Das Protokoll der Sitzung des Sozialausschusses vom 28.03.2019 wird mit folgenden Änderungen genehmigt:

Unter TOP 9 werden zum Protokollhinweis folgende Ergänzungen aufgenommen:

Zu der Aussage:

„Es wurde den ehrenamtlichen Helfern zu keiner Zeit untersagt sich weiterhin zu engagieren und an der Weihnachtspendenaktion teilzunehmen.“

Dies wurde auch nicht behauptet.

Zu der Aussage:

„Es haben aber einige Helfer für das Jahr 2017 ihre Mitarbeit eingestellt.“

Die Helfer (u.a. sogar der Ehrenbürgermeister Günther Boekhoff) haben überwiegend im Jahr 2017 erklärt, zukünftig nicht weiter an der Aktion teilnehmen zu wollen, da sie das Verhalten der Bürgermeisterin als Misstrauen gegen ihre Tätigkeit verstanden hatten. Dies auch, da die BGM trotz der Äußerungen im Sozialausschuss vom November 2017 nie das direkte Gespräch mit dem Helferkreis geführt hat, obwohl sie mehrfach dazu aufgefordert wurde.

Zur Erläuterung die entsprechenden Auszüge aus dem SozA vom 16.11.2017:

-Frau Bürgermeisterin Kuhl stimmte zu, dass die Verteilung seit Jahren durch den Helferkreis geschehe. Sie bemängelte aber eine fehlende Transparenz und führte weiter aus, dass es in diesem Jahr ein anderes Vorgehen geben solle. So könne der Helferkreis Personen nennen, die bedacht werden sollen, es würde aber auch bei anderen Stellen nach hilfebedürftigen Personen gefragt. Frau Kuhl führte aus, dass es seitens des Helferkreises keine Rückmeldungen über die Verteilaktion geben würde und sie nicht wisse, ob hier ein Problem bestünde. Weiterhin sei für sie die aktuelle Zusammenstellung des Helferkreises diskussionswürdig. Ihrer Ansicht nach sei für sie nicht deutlich, nach welchen Kriterien der Helferkreis zusammengestellt sei, aber die überwiegende Mehrheit der Mitglieder parteipolitisch gebunden. Sie habe zur Überprüfung der Richtlinien die Unterlagen dem Rechtsamt weitergeleitet.-

Zu der Aussage:

„Die Bürgermeisterin hat keine Tüten verteilt, sondern diese an Bedürftige (ohne klare Aussage wonach die Bürgermeisterin die Bedürftigkeit beurteilt)“

übergeben. Auch der Helferkreis verteilt Tüten auf diese Weise, dass er sie an die Empfänger übergibt.“

Eine solche Haarspalterei steht für sich selbst.

Zu der Aussage:

„Die Prüfung der Kommunalaufsicht beschränkte sich auf den Beschluss des VA zur Einstellung der Weihnachtsspendenaktion und zur Verteilung der Restmittel an städtische Einrichtungen.“

Die Aussage ist falsch.

Vielleicht kann sich die Bürgermeisterin nicht erinnern: Sie hat die Kommunalaufsicht angerufen und um die vollständige Überprüfung des Beschlusses zur Einstellung gebeten. Neben der Feststellung der Kommunalaufsicht, dass die Einstellung der Spendenaktion rechtmäßig ist wurde die Verteilung der Gelder an Einrichtungen in der Stadt Leer ebenfalls rechtmäßig bestätigt.

Weiterhin wurde der Kommunalaufsicht die Frage vorgelegt, ob der Inhalt eines Dankschreibens an Spender durch die Politik bestimmt werden kann. Auch hierzu hat die Kommunalaufsicht sich geäußert.

Auch die Frage, ob die Spender aufgrund des politischen Beschlusses über die Mittelverwendung einen Rückforderungsanspruch geltend machen können, wurde von der Bürgermeisterin thematisiert und zur Prüfung vorgelegt. Die Kommunalaufsicht hat sich aufgrund dieser Fragestellung in der Mitteilung über den Abschluss der kommunalaufsichtlichen Prüfung vom 8.12.2018 ausdrücklich zum Umgang mit Spendengeldern geäußert und festgestellt, dass kein Rückforderungsanspruch besteht und die Gelder ausgezahlt werden können.

Daher ist auch die Aussage im sog. Protokollhinweis:

„Seitens der Kommunalaufsicht wurde zu keiner Zeit eine Einschätzung zur Rechtmäßigkeit des Verteilverfahrens und des Umgangs mit Spendengeldern abgegeben.“

falsch.

Zu der Aussage,

dass die Restmittel an „städtische Einrichtungen“, also Einrichtungen der Stadt Leer gehen sollten.

Tatsächlich erhält KEINE städtische Einrichtung Mittel aus der Spendenaktion. Um zu verhindern, dass Spendengelder für städtische Zwecke verwendet werden, wurde der ursprüngliche Empfänger „Seniorenbeirat Leer“

durch VA Beschluss mit genau dieser Begründung von der Empfängerliste gestrichen!

Ebenfalls zu TOP 9 wird folgendes vermerkt:

Frau Engeline Kramer weist darauf hin, dass der Städtetag nicht juristisch prüft, sondern nur Hinweise und Empfehlungen gibt.

Nach der Rüge durch **Herrn Keitel** übergab **Frau Engeline Kramer** den Vorsitz an diesen, sobald sie selber als Ausschussmitglied das Wort ergriff.

TOP 4 Vorstellung der Ergebnisse der Seniorenbefragung durch die NSI CONSULT Beratungs- und Servicegesellschaft mbH

Herr Prof. Dr. Eisner und Frau Romaschin von der Firma NSI Consult stellen die Ergebnisse der Seniorenumfrage anhand einer Präsentation vor (siehe **Anlage 2**).

Protokollhinweis: Die gedruckte Umfrageauswertung ist im Bürgerbüro verfügbar und kann auch auf der Internetseite der Stadt Leer abgerufen werden.

Herr Prof. Dr. Eisner stellt allgemein die hohe Rücklaufquote von rund 35 % heraus. Auch hätten alle Teilnehmer nahezu alle Fragen beantwortet. Aus diesem Umstand sowie aus der Erfahrung mit anderen Umfragen, die er ausgewertet hat, erkenne er eine hohe Gewissenhaftigkeit bei der Beantwortung der Fragen. Aus den Rückläufern sei eine positive Grundstimmung erkennbar; es habe keine negativen „Wutausbrüche“ in bzw. an den zurückgegebenen Fragebögen gegeben. Die Verwaltung und die Politik könne sich über die Ernsthaftigkeit bei der Beantwortung freuen.

Es werden Fragen zu einzelnen Ergebnissen oder Darstellungen gestellt, die direkt oder im Anschluss an die Präsentation beantwortet werden.

Frau Stevens-Kimpel hält die Rücklaufquote für gut, bemängelt aber die inhaltliche Qualität und sehe nicht die erwähnte hohe Qualität des Fragebogens.

Herr Prof. Dr. Eisner erwidert, dass die Rücklaufquote gegen diese Aussage spricht und bietet an, ihm konkrete Einwände zur Fragenqualität per Mail mitzuteilen um dazu Stellung nehmen zu können.

Herr Dr. Otte weist daraufhin, dass die Angabe nur von Prozentwerten zweischneidig ist und möchte gerne auch die Rohdatenzahlen haben.

Protokollhinweis: Diese sind der gedruckten Version der Umfrageauswertung zu entnehmen.

Da bei Frage 11 (Nutzung ÖPNV) 90% der Umfrageteilnehmer angegeben haben, den ÖPNV gar nicht zu nutzen, möchte **Herr Lohmeyer** wissen, ob die Antworten zu Frage 14 (Verbesserungswünsche ÖPNV) nur von den rund 10% der Umfrageteilnehmer stammen, die den ÖPNV nutzen.

Herr Prof. Dr. Eisner teilt mit, dass alle gegebenen Antworten zu Frage 14 berücksichtigt sind.

Frau Stevens-Kimpel sieht einen Widerspruch darin, dass in Frage 23 (denkbarer Einsatzbereich von ehrenamtlichen Seniorenbetreuern) auch die Personen befragt werden, die zuvor Frage 22 (Unterstützungsbedarf durch ehrenamtliche Seniorenbetreuer) verneint haben.

Herr Prof. Dr. Eisner bittet darum, den Umfrageteilnehmer nicht zu unterstellen, einerseits Unterstützungsbedarf zu verneinen und gleichzeitig denkbare Aufgaben für Seniorenbetreuer zu benennen. Er erkenne eine hohe Gewissenhaftigkeit beim Ausfüllen der Fragebögen, so dass er widersprüchliche Antworten ausschliesse.

Frau Bonow interessieren die konkreten Zahlen und deren Staffelung nach Altersstufen.

Frau Romaschin weist diesbezüglich auf Kreuztabellen hin, die im Laufe der Präsentation vorgestellt werden und in denen auch Staffellungen enthalten sind. Sie stellt heraus, dass alle Teilnehmenden fast alle Fragen beantwortet haben.

Herr Prof. Dr. Eisner ergänzt, dass die Umfrageergebnisse statistisch fast nicht besser sein könnten.

Herr Heinrichsdorff fragt wie das Umfrageergebnis zu verstehen sei, wenn beispielsweise junge Senioren, zurzeit zwar noch keinen Unterstützungsbedarf für sich sehen, aber trotzdem im Fragebogen schon einen möglichen zukünftigen Bedarf angeben haben.

Herr Prof. Dr. Eisner bittet darum, den Antworten zu vertrauen. Die Umfrage habe klare Aussagen ergeben, was die Senioren wünschen und wo Unterstützungsbedarf besteht.

Frau Stevens-Kimpel störte an der Umfrage neben der Einkommensfrage auch die Ausrichtung auf „Alter Mensch“.

Frau Kuhl betont, wenn in der Vergangenheit die „Senioren“ z.B. zu Veranstaltungen eingeladen wurden, habe sich niemand an dem Wort „Senior“ gestört.

Herr Prof. Dr. Eisner rechtfertigt die Einkommensfrage, in der Umfrage sei absolute Anonymität versprochen worden. Es habe dazu auch keine Reaktanzmerkmale gegeben. Die Umfrage sei kognitiv ausgefüllt worden. In der Auswertung gebe es daher auch nur eine Tendenzangabe für die Prozentuale Altersarmut.

Herr Sabath sieht die Umfrage positiv und ist überzeugt, dass sich die Senioren freuen wahrgenommen und beachtet zu werden. Er empfiehlt der Politik die Umfrageergebnisse in die weitere Arbeit einfließen zu lassen. Wichtig sei auch die Senioren zu informieren.

Frau Nimmrich wirft die Frage auf, wie das Umfrageergebnis in 10 Jahren zu sehen sei, wenn die jetzt Befragten entsprechend älter seien.

Herr Prof. Dr. Eisner teilt mit, dass bei einer professionellen Herangehensweise die Befragung nach 3 bis 5 Jahren wiederholt würde um Vergleiche anstellen zu können.

Frau Bonow gibt zu bedenken, dass sich die Bedürfnisse mit zunehmenden Alter verändern. Sie möchte wissen, was die Gruppe der 60- bis 69- jährigen sagte und wünscht sich mehr Differenzierung bei der Auswertung in dieser Altersgruppe. In der Auswertung seien alle Antworten in einen Topf geworfen worden.

Herr Prof. Dr. Eisner widerspricht der Vereinheitlichung der Daten. Von den Computerprogrammen seien alle signifikanten Auffälligkeiten ausgeworfen worden und seien nun in der Auswertung dargestellt. Würden alle Daten aufgelistet, würde es den Rahmen der Auswertung sprengen. Sämtliche Daten könnten nach weiteren Gesichtspunkten ausgewertet werden. Je nach Umfang der gewünschten Daten würden aber weitere Kosten entstehen.

Frau Romaschin erläutert zwei Beispiele für Kreuztabellen aus der Präsentation und ergänzt, dass es bei den Umfrageergebnissen keine anderen Auffälligkeiten außer den dargestellten gibt.

Frau Rinke fragt, ob es nicht sinnvoll gewesen wäre die Umfrage an Personen ab 68 Jahren zu richten statt ab 60 Jahren, weil viele noch berufstätig seien.

Herr Prof. Dr. Eisner antwortet, dass man auch andere Altersstufen hätte auswählen können. Es gebe viele Möglichkeiten, aber irgendwo müsse man anfangen.

Frau Kuhl ergänzt, dass man per offizieller Definition ab 55 Jahren als Senior gelte. Es sei lange darüber gesprochen worden, ab welchem Alter die Umfrage beginnen solle. Aufgrund der Aussagen, ab welchem Alter sich die Befragten sich als Senior in der Stadt Leer fühlten, könne nun überlegt werden, ab welchem Alter Senioren zukünftig angesprochen und eingeladen werden.

Frau Engeline Kramer bedankt sich bei den Mitarbeitern der Firma NSI Consult für die Vorstellung der Umfrageergebnisse. **Frau Kuhl** verabschiedet sich ebenfalls von den beiden und verlässt gemeinsam mit ihnen den Raum.

Herr Holz fasst zusammen, die Umfrage habe erfreuliche Ergebnisse hervorgebracht und nennt beispielhaft die Mobilität und die Wohnsituation. So seien 74 % der Senioren selbständig mobil und 60 % nutzen Rad und Auto. 72 % der Umfrageteilnehmer wohnen in einem Eigenheim.

Herr Heinrichsdorff verlässt die Sitzung um 18.15 Uhr.

TOP 5 Konzept zur Einrichtung eines Seniorenservicebüros **Vorlage: 1.502/XVII/1001/2019**

Frau Engeline Kramer weist darauf hin, dass Frau Kuhl noch nicht wieder im Raum ist und leitet eine kleine Pause ein während der noch kurz über TOP 4 gesprochen wird.

Aus diesem Gespräch heraus äußert sich **Herr Holz** grundsätzlich zur zukünftigen Seniorenarbeit. Aus dem Umfrageergebnis könne man ableiten, dass Informationen sehr wichtig seien. Verschiedene Themen wie zum Beispiel Seniorenbegleitung, Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung sind immer wieder von Interesse. Es seien auch viele gute Angebote vorhanden. Wichtig sei eine zentrale Anlaufstelle in der man gut vernetzt ist und Informationen weitergeben sowie Kontakte herstellen könne.

Frau Bonow zeigt sich positiv überrascht, weil das der Antragsinhalt der Gruppe Grüne/CDL sei.

Frau Nimmrich fragt, warum für das Seniorenservicebüro keine städtischen Gebäude genutzt werden können. Um dem Auseinanderdriften von Senioren und Jugendlichen entgegen zu wirken, wäre eine generationsübergreifende Arbeit wichtig. Es könnten Räume gemeinsam genutzt werden. Sie denke z.B. an den Leda-Treff.

Herr Holz erwidert, dass die Überlegung der Nutzung von stadteigenen Räumen in weiterer Konsequenz zur Nutzung des Rathauses führen würde, was aber nach den bisherigen Diskussionen nicht gewollt sei. Die Suche nach Räumen konzentriere sich zurzeit auf die Innenstadt, wo entsprechende Räume jedoch nur sehr teuer angemietet werden könnten.

Während dieser Ausführungen betritt **Frau Kuhl** wieder in den Raum und ergänzt, dass für viele Senioren der Gang zum Rathaus gleichzusetzen sei mit dem Gang zum „Amt“. Um diese Hemmschwelle zu vermeiden, solle das Servicebüro nicht im Rathausgebäude untergebracht werden. Sie möchte einen Raum in dem sich ein Treffen der Senioren entwickeln kann. Die Kosten seien dabei relativ. Man müsse die Ausgaben pro Senior/in betrachten. Im Moment werde nicht viel Geld für die Senioren ausgegeben.

Herr Lohmeyer bezieht sich auf den Unterstützungsbedarf, der aus der Seniorenumfrage zu erkennen ist und bewertet die Einrichtung eines Seniorenservicebüros als sinnvoll. Auch er meint, dass Senioren nicht gerne zum „Amt“ gehen und das Servicebüro nicht im Rathaus angesiedelt werden solle. Es müsse aber auch nicht zwangsläufig zentral in der Innenstadt liegen.

Herr Sabbath unterstützt den Vorschlag von Frau Nimmrich, das Seniorenservicebüro im Leda Treff einzurichten. Es sei auf jeden Fall besser erst einmal irgendwo anzufangen und ggfs. später umzuziehen.

Frau Rinke erkennt die Bemühungen der Verwaltung zur Einrichtung des Servicebüros an und bedankt sich dafür ausdrücklich bei der Bürgermeisterin.

Herr Betz schlägt die Wilhelmine-Siefkes-Schule als möglichen Standort vor.

Frau Stevens-Kimpel erinnert an das fehlende Konzept für das Seniorenservicebüro, das schon im Antrag der Gruppe Grüne/CDL gefordert wurde. Der Aufgabenschwerpunkt des Servicebüros solle in der Vermittlung liegen.

Frau Bonow sieht zwei Möglichkeiten zwischen denen man sich zunächst entscheiden müsse. Entweder fungiere das Seniorenservicebüro als Vermittlungsstelle oder man biete dort eigene Angebote an. Daran müsse sich die anschließende Raumsuche ausrichten. **Frau Bonow** bittet darum, zum Beschlussvorschlag zu kommen.

Frau Kuhl weist auf die Arbeitsgrundlage hin, die von der Verwaltung zusammen mit dem Beschlussvorschlag vorgelegt wurde. Auch seien von der Verwaltung bereits verschiedene Standorte für das Servicebüro diskutiert und besichtigt worden. U.a. wurde auch die Wilhelmine-Siefkes-Schule in Betracht gezogen, diese sei jedoch stark renovierungsbedürftig.

Herr Holz ergänzt, dass die Wilhelmine-Siefkes-Schule derzeit nicht behinderteninsbesondere Rollstuhlgerecht sei. Im und am Gebäude gebe es Stufen.

Frau Kuhl schließt sich der Aussage von **Herrn Sabath** an. Es solle erstmal angefangen werden auf Basis der Arbeitsgrundlage und der Umfrageergebnisse. Die Haushaltsmittel für die Seniorenarbeit seien extra um Raumkosten aufgestockt worden.

Herr Betz wirft ein, die Renovierungsbedürftigkeit der Wilhelmine-Siefkes-Schule sei zwar offenkundig, dies sei aber besser als Miete zu zahlen.

Herr Holz informiert, dass die Wilhelmine-Siefkes-Schule bereits besichtigt wurde und nur ein Notnagel sei. Er begrüßt jedoch den Vorschlag von Frau Nimmrich, Angebote in Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Standorten zu schaffen.

Nach Ansicht von **Frau Nimmrich** solle die Verwaltung jetzt auf den Weg geschickt werden.

Frau Engeline Kramer erinnert daran, dass der Antrag von der Gruppe Grüne/CDL schon älter ist. Er sei bewusst rechtzeitig gestellt worden, bevor der ehemalige Seniorenbeauftragte und der ehemalige Fachdienstleiter des Sozialamtes in den Ruhestand gegangen sind damit diese die Einrichtung des Seniorenservicebüros hätten vorbereiten können. Leider sei das nicht erfolgt.

Frau Kuhl stellt fest, dass sie mit den Nachfolgern seit März 2019 eine tatkräftige Truppe habe und die Verwaltung auf einem guten Weg sei. Sie bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Holz, Frau Fokken, Frau Leimke, Frau Weber und Herrn Mergelmeier. Diese hätten auch das vorliegende Konzept erarbeitet.

Frau Engeline Kramer verliest den Beschlussvorschlag der Verwaltung und bittet um Abstimmung.

Während der Diskussion zu TOP 5 verließen mehrere Ausschussmitglieder die Sitzung.

Beschluss (4 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung):

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses ein gemeinsam mit Arbeitsgruppe „Seniorenservicebüro“ erarbeitetes Konzept für die Einrichtung eines Seniorenservicebüros vorzulegen.

TOP 6 Wohnsituation von Sozialhilfeempfängern

Herr Mergelmeyer informiert über den Inhalt des Vermerks der als **Anlage 3** beigelegt ist.

Herr Lohmeyer möchte wissen, ob alle angemieteten „Flüchtlingswohnungen“ belegt sind. Außerdem möchte er wissen, ob der Landkreis alle Kosten für die Unterkünfte übernimmt.

Herr Mergelmeyer teilt mit, dass schon einige von den angemieteten Wohnungen zurückgegeben wurden bzw. die Flüchtlinge selber in die Mietverhältnisse eingetreten sind. Es gibt eine begrenzte Zahl von leeren Wohnungen, die vorgehalten werden zur Unterbringung von Flüchtlingen die noch von der Stadt Leer aufzunehmen sind. Die Kosten der bewohnten Flüchtlingswohnungen werden im Rahmen der Leistungsgewährung (Asylbewerberleistungsgesetz oder SGB II) übernommen. Die Kosten der leerstehenden Wohnungen werden vom Landkreis Leer getragen.

TOP 7 Informationen

Herr Holz informiert, dass sich die DROBS Leer telefonisch ganz herzlich für die Zuwendung aus der Weihnachtsspendenaktion bedankt und mitgeteilt hat, das Geld gut gebrauchen zu können.

In der letzten Sozialausschusssitzung wurde beschlossen einen Antrag im Rahmen des Landesförderprogramm Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement zu stellen. In dem Konzept für die Moormerlandsiedlung ist die Nutzung eines Raums des SoVD im Gleiwitzer Hof vorgesehen, was noch mit dem SoVD abzustimmen war. Hierzu teilt **Herr Holz** mit, dass der SoVD der Nutzung zugestimmt habe.

TOP 8 Anfragen

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 9 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

Frau Engeline Kramer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.50 Uhr, bittet die Zuhörer den Sitzungsraum zu verlassen und eröffnet anschließend den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Engeline Kramer

Vorsitzende/r

gez. Beatrix Kuhl

Bürgermeisterin

gez. Andreas Mergelmeyer

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in